

Antrag

der Abgeordneten Caren Lay, Dr. Gesine Löttsch, Pascal Meiser, Nicole Gohlke, Gökay Akbulut, Lorenz Gösta Beutin, Heidrun Bluhm, Jörg Cezanne, Dr. André Hahn, Ulla Jelpke, Kerstin Kassner, Jan Korte, Sabine Leidig, Ralph Lenkert, Michael Leutert, Amira Mohamed Ali, Niema Movassat, Petra Pau, Victor Perli, Ingrid Remmers, Martina Renner, Friedrich Straetmanns, Dr. Kirsten Tackmann, Andreas Wagner, Hubertus Zdebel und der Fraktion DIE LINKE.

Mieterhöhungsstopp jetzt

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

In vielen deutschen Städten und Gemeinden gibt es einen angespannten Wohnungsmarkt. Die Lage dort ist geprägt von einer Mietentwicklung, die sich zwar im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten bewegt, aber viele Menschen in existentielle Nöte treibt. Das gegenwärtige Mietrecht gestattet Mieterhöhungen ohne jede Gegenleistung. In einer angespannten Marktsituation wird dieses Recht hemmungslos genutzt und jede sich bietende Mieterhöhungsmöglichkeit ausgeschöpft.

Die gegenwärtige Rechtslage hat zur Folge, dass Mieterinnen und Mieter, die ihre Miete nicht mehr bezahlen können, aus ihren Wohnungen, aus ihren Kiezen, aus ihrem sozialen Umfeld vertrieben werden. Es gibt daher dringenden Handlungsbedarf, das Mietrecht dahingehend zu ändern, dass die Mietentwicklung gestoppt werden kann.

Die im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD ausgehandelten Bestimmungen sind nicht geeignet, diesem Ziel zu entsprechen.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

einen Entwurf vorzulegen, um gesetzlich zu regeln, dass Mieterhöhungen ohne Wohnwertverbesserung bei Bestandsmieten nur in Höhe des Inflationsausgleichs zulässig sind.

Berlin, den 9. Oktober 2018

Dr. Sahra Wagenknecht, Dr. Dietmar Bartsch und Fraktion

Begründung

Nicht nur bei Neuvermietungen, auch im Bestand steigen die Mieten seit Jahren erheblich. Menschen mit geringen Einkommen und Durchschnittsverdienende finden in vielen Großstädten, Ballungsräumen und Universitätsstädten kaum noch Wohnungen. Viele Mieterinnen und Mieter wurden durch hohe Mietforderungen bereits aus ihren Wohnungen verdrängt oder sind akut von Verdrängung bedroht. Die Gesetzgebung muss jetzt handeln, um Mieterinnen und Mieter zu schützen und um die soziale Spaltung in den Städten nicht weiter zu vertiefen.

Der vorstehende Antragstext wurde bereits im Februar 2014 in den Deutschen Bundestag eingebracht (Bundestagsdrucksache 18/505) und fand damals keine Mehrheit. Aufgrund der aktuellen Debatte im Zusammenhang mit dem Wohngipfel der Bundesregierung und mit den mietenpolitischen Forderungen des sozialdemokratischen Koalitionspartners (Quelle: „Mietenwende jetzt!“, 08.09.2018, <http://spd.de>) soll ein neuer Anlauf unternommen werden, diese wichtige Forderung umzusetzen.